

**Prof. Dr. Alexander Fischer:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bin daran erinnert worden, daß ich in meinem Referat gelegentlich die LDPD erwähnen möge. Um in der Zeit zu bleiben, müßte ich auf Ausführungen über diese Partei eigentlich verzichten. Ich hoffe aber auf die Unterstützung von Herrn Hansen und von Herrn Schmieder, wenn ich ein paar Minuten länger brauche, denn ich habe in der Tat versucht, auch diese „bürgerliche“ Partei mit zu behandeln.

Im übrigen habe ich darauf verzichtet, Ihnen einen vollständigen Abriss der Geschichte der CDUD vorzulegen. Mir erschien es angemessener, Ihnen möglichst konkrete Informationen in Form zweier Momentaufnahmen aus den Jahren 1944/45 zu vermitteln, wobei sich auf den ersten Blick sogar ein widersprüchliches Bild ergeben könnte.

Die erste Momentaufnahme wird nämlich verdeutlichen, daß der Faktor SMAD- dabei handelt es sich um die Sowjetische Militäradministration in Deutschland – bei der Berliner Gründung der Union zwar eine entscheidende Rolle spielte, den Gründerkreis aber in bezug auf dessen inhaltliche Diskussionen nicht beeinflusste.

Die zweite Momentaufnahme beinhaltet ein konkretes Beispiel, anhand dessen ich Ihnen vor Augen führen möchte, welche komplizierte Lage gerade eine sogenannte bürgerliche Partei wie die CDU vom Beginn ihrer Existenz an unter Aufsicht der SMAD in der SBZ zu bewältigen hatte.

Ich komme zum Gründungsvorgang. Wer die Faktoren bestimmen will, die zur Berliner Gründung der CDUD- der Gründerkreis legte übrigens auf das „D“ Wert; das ist mir nachträglich von Herrn Gradl klargemacht worden – am 26. Juni 1945 führten, der wird – das mag manche überraschen – drei benennen müssen: die Kommunistische Partei Deutschlands, die sowjetische Besatzungsmacht und natürlich den Berliner Gründerkreis.

Der hier an erster Stelle genannte Faktor KPD erklärt sich rein chronologisch mit der Rolle, die der Parteiführung der deutschen Kommunisten von sowjetischer Seite in Vorbereitung des Einmarsches der Roten Armee in Deutschland zugewiesen wurde. Herr Wilke hat ja schon heute früh darüber gesprochen.

Als zu Beginn des vorletzten Kriegsjahres im Londoner Lancaster House die Mitglieder der „European Advisory Commission“ ihre Verhandlungen über die europäische Nachkriegsordnung begannen, stellte sich rasch heraus, daß die Vorstellungen der amerikanischen, britischen und sowjetischen Delegationen über Sinn und Zweck dieses internationalen Gremiums nicht auf einen Nenner zu bringen waren. Unter diesen Umständen war es auch ausgeschlossen, sich über die Prinzipien für die politische Neugestaltung Deutschlands nach seiner absehbaren Niederlage zu einigen. Um so nachdrücklicher ist deshalb die Partei- und Staatsführung der Sowjetunion darauf aus gewesen, für sich

schon einmal die, wie es hieß, „Grundlinien für die Gestaltung eines neuen demokratischen Deutschland“ festzulegen.

Und hier kommt die KPD ins Spiel. Mit dieser Aufgabe wurde nämlich eine – unter Anleitung und Aufsicht der von dem bulgarischen Kominternfunktionär Georgi Dimitroff geleiteten Abteilung für Internationale Information des Zentralkomitees der KPdSU (B) stehende – zwanzigköpfige Arbeitskommission der deutschen Kommunisten betraut. Für ihre Mitglieder war es selbstverständlich, bei ihren Planungen „für alle einzelnen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in diesem neuen Deutschland“ auch Überlegungen über die politische Repräsentation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in diesem neuen Deutschland anzustellen.

Allen diesbezüglichen Erörterungen – das möchte ich noch einmal besonders betonen bzw. im Hinblick auf die vorangegangenen Vorträge wiederholen – lag eine prinzipielle Überlegung zugrunde. Nicht nur bei kommunistischen Spitzenfunktionären – wie die schon genannten Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin und Anton Ackermann –, sondern offenbar auch bei ihren sowjetischen Freunden galt es als selbstverständlich, daß die KPD unter gewissen Voraussetzungen eine maßgebliche Rolle – ich betone „maßgebliche“ – im neuen Deutschland spielen werde.

Was andere politische Kräfte anbetraf, so gingen die Kommissionsmitglieder zwar davon aus, daß spätestens „nach der Befreiung Deutschlands“ Parteien und Massenorganisationen entstehen würden, jedoch – und das ist wichtig – hing deren Existenz und Funktion offenbar von der Rolle ab, die die KPD bei der Beseitigung des Dritten Reiches spielen würde. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: je bestimmender die Rolle der KPD, desto geringer die Aussicht auf ein vollentwickeltes Parteiensystem. Wenn es der kommunistischen Parteiführung und ihren Kadern in Deutschland im Spätherbst 1944 oder im Winter 1944/45 gelungen wäre, jenen innerdeutschen kommunistisch kontrollierten bewaffneten Aufstand auszulösen, auf den die Moskauer Parteiführung hinarbeitete – wie realistisch das war, ist eine ganz andere Frage, darauf hat Manfred Wilke hingewiesen –, dann wären jene Ausführungen Ulbrichts umgesetzt worden, die er in den Kommissionssitzungen vom 17. und 24. April 1944 machte: Neben der KPD als einer übermächtigen Arbeiterpartei, die nach seinen Vorstellungen damals ihre Mitglieder und Anhänger möglichst weitgehend auch aus der früheren Sozialdemokratie und aus ehemals sozialdemokratischen Wählerschichten rekrutiert hätte, wären nur – so hieß das – Organisationen für Katholiken, den Mittelstand, die Bauern und nicht zuletzt für Gewerkschaften entstanden.

Ihre Selbständigkeit sollte von vornherein durch die Einbindung in den schon erwähnten „nationalen Block der kämpferischen Demokratie“ begrenzt werden. Deren Gründung durch kommunistische Funktionäre – das wurde ausdrücklich ausgeführt und ist in den Pieck-Notizen nachzulesen – sollte